

25.11.2014

Antrag

der Fraktion der CDU

Für fairen Wettbewerb, einen besseren Klimaschutz und wirksame Entwicklungshilfe – KfW-Kredite für Kraftwerksbauer müssen erhalten bleiben

Weltweit hat die Kohleverstromung in den letzten Jahren deutlich zugenommen. Laut Greenpeace wurden besonders in Asien in den zurückliegenden zehn Jahren massiv Kohlekraftwerke gebaut. Über 1000 neue Kohlekraftwerke sind in Planung, so die Umweltschutzorganisation im Jahr 2013.

Das führt nach Darstellung des Klimaschutzindex von Germanwatch im Jahr 2014 dazu, dass China mit einem Treibhausgasausstoßanteil von mehr fast 23% die USA mit knapp 16%, überholt hat und zusammen mit Indien und Russland (mit jeweils ca. 5%), sowie Brasilien und Japan (mit ca. 4% und 3,5%) für mehr als die Hälfte des Treibhausgasausstoßes weltweit verantwortlich sind. Deutschland mit etwas über 2% nimmt dabei einen vergleichsweise kleinen Verursachergrad ein. Hinzu kommt, dass in vielen Ländern der Welt, noch die im Vergleich zu Kohle deutlich umweltschädlicheren Dieselaggregate zur Stromerzeugung betrieben werden.

Nach einer Schätzung des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung wird die Summe aller durch China bis dato aufgelaufenen CO₂-Emissionen den gesamten historischen Beitrag sämtlicher EU-Staaten schon in elf Jahren übersteigen.

Der Blick auf die globale Entwicklung zeigt, dass viele Länder bei ihrer Energieversorgung nicht wählerisch sein können. Denn Strom kann nur dann zum Rückgrat einer nachhaltigen wirtschaftlichen Entwicklung werden, wenn er zu Kosten produziert wird, die für die lokale Wirtschaft und für die Bevölkerung bezahlbar sind.

Die Entscheidung für einen bestimmten Energieträger wird in diesen Ländern danach getroffen, dass eine regionale Energieversorgung kosteneffizient, zuverlässig, schnell steigerbar und sicher ist. Die Ressource Kohle wird dazu einen wichtigen Beitrag leisten.

Vor diesem Hintergrund dreht sich die Frage in vielen Regionen der Welt nicht so sehr darum, ob die Energieversorgung mit oder ohne Kohle stattfindet, sondern vor allem darum, mit welcher Technologie und/oder mit welchen Wirkungsgraden sie erfolgen wird.

Datum des Originals: 25.11.2014/Ausgegeben: 25.11.2014

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

Auch und gerade in der Energiepolitik kann Entwicklungszusammenarbeit nur dann erfolgreich sein, wenn sie auf Augenhöhe stattfindet und an die lokalen Bedingungen anknüpft. Wie unterschiedlich diese sind, wird im Blick auf die Entwicklungspartnerschaften Nordrhein-Westfalens auch in puncto Energieversorgung deutlich: Die Landesregierung fördert in Ghana und im südafrikanischen Mpumalanga (Südafrika) verschiedene kleinere Projekte zum Klima- und Ressourcenschutz und zur Etablierung erneuerbarer Energien. Damit allein ist der Energiebedarf aber nicht zu decken. So erzeugt etwa der nordrhein-westfälische Entwicklungspartner Südafrika 85 Prozent seines Stroms aus Steinkohle. Demgegenüber werden in Ghana, dem zweiten Partner Nordrhein-Westfalens in der Entwicklungszusammenarbeit, mehr als 85 Prozent des Stromes mittels Wasserkraft erzeugt. Entsprechend müssen Strategien der Entwicklungspartnerschaften differenzierte Wege wählen, um die in der energiepolitischen Kooperation intendierten Fortschritte – v. a. in Richtung Versorgungsleistung, Effizienz, Klimaschutz – zu beschleunigen.

Nordrhein-Westfalen ist Energieland Nr. 1 in Deutschland und eine exportorientierte Volkswirtschaft. Für sich genommen wäre unser Land auf Platz 19 der Volkswirtschaften in der Welt. Die modernen Kraftwerke leisten dabei nicht nur ihren Beitrag im zuverlässigen Absichern der Versorgungssicherheit, sie erzielen auch weltweit beste Wirkungsgrade.

Diese moderne Kraftwerktechnologie sichert nicht nur deutsche Arbeitsplätze durch Export, sondern kann dazu beitragen, dass mit dem deutschen Knowhow ein substantieller Beitrag beim Kampf gegen den CO₂-Ausstoß und die Klimaerwärmung geleistet werden kann.

Beides ist in Gefahr, da die Bundesumweltministerin die Ausfuhr von deutscher Kohlekraftwerkstechnik „sehr wesentlich zurück[zu]drängen“ will (FAZ vom 18. September 2014).

Im Gegensatz dazu hat der Bundeswirtschaftsminister in einer Berliner Rede vor Vattenvall-Betriebsräten laut seinem Redemanuskript am 11. November 2014 festgestellt: „Auch deshalb ist es richtig mit deutschen Exportbürgschaften auch weiterhin die beste und klimaschonenste Technologie im Bereich der Kohleverstromung zu fördern.“

Fakt ist, dass die Welt nicht aufhören wird, mit Kohle zu heizen oder mit diesem Rohstoff Strom zu erzeugen, weil Deutschland beschließt, die effizienteste Technik anderen Ländern durch politische Entscheidungen quasi vorzuenthalten. Eine solche Entscheidung würde lediglich deutsche Hersteller vom Weltmarkt ausschließen und so auch nordrhein-westfälische Arbeitsplätze gefährden. Aufstrebende Regionen würden dann sogar Technik mit deutlich schlechteren Wirkungsgraden einsetzen. Das sinnvolle und anzustrebende Ziel der weltweiten Reduzierung des CO₂-Ausstoßes würde durch diese Entscheidung konterkariert. Solche Maßnahme würde weder dem globalen Klima noch Arbeitsplätzen in unserem Land helfen.

Da Klima- und Umweltschutz global gedacht werden muss, wirken die Planungen für eine Quasi-Einstellung des Exports weltweit führender deutscher Technik provinziell, ist von ideologischer Haltung geprägt und wenig geeignet, auf die zukünftigen Herausforderungen in der Welt angemessen zu reagieren.

Der Landtag stellt fest:

1. Damit deutsche Technologie auch zukünftig einen Beitrag zur weltweiten Reduzierung des CO₂-Ausstoßes leisten kann, muss die Forschungs- und Entwicklungsanstrengungen zur Weiterentwicklung der bereits heute in der Welt führenden deutschen Kohlekraftwerkstechnologien unverändert fortgeführt werden.

2. Die vom Bundesumweltministerium angeregte massive Einschränkung von KfW-Krediten würde nicht den Bau von Kohlekraftwerken in der Welt verhindern, sondern lediglich den Export der effizienten deutschen Kraftwerkstechnik zum Erliegen bringen, der nordrhein-westfälischen Industrie schaden und dem globalen Umweltschutz, nicht helfen. Die vergleichsweise günstigen und sicheren Kohlekraftwerke würden auch angesichts der leichten Verfügbarkeit von Kohle weltweit stark ausgebaut, mit dem einzigen Unterschied, dass diese Kraftwerke im Anschluss nicht mehr mit deutscher Technik ausgestattet wären.
3. Große Anlagenbauer, die wesentliche Teile ihrer Wertschöpfung in Nordrhein-Westfalen erzeugen und international engagiert sind, wären von einer solchen bundespolitischen Entscheidung direkt und indirekt betroffen. Eine Entscheidung der Bundesregierung in diese Richtung würde zu weiteren Belastungen des Wirtschaftsstandorts Nordrhein-Westfalen führen.
4. Die Anlagenbauer und Kraftwerksbetreiber haben in der Vergangenheit davon profitiert, dass die Kreditanstalt für Wiederaufbau Kraftwerksprojekte mitfinanzierte und somit deutsche Interessen sicherten. In vielen Ländern der Erde werden durch das Engagement einer staatlichen Bank Investitionen erleichtert. Das ausgehende politische Signal würde ohne Not dem Standort Nordrhein-Westfalen schaden, parallel jedoch keinerlei positive Wirkung auf den Klima- und Umweltschutz haben. Für die deutschen Lieferanten für Kraftwerksprojekte ist das staatliche Bekenntnis bei der Absicherung von Risiken entscheidend. Besonders in aufstrebenden Märkten mit begrenzten staatlichen Rahmenbedingungen bietet eine deutsche Bürgschaft die Sicherheit, sich überhaupt entwickelnd zu beteiligen.

Der Landtag beschließt:

Die Landesregierung wird aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass die von Bundesumweltministerin Hendricks geplante massive Einschränkung von KfW-Krediten bei der Ausfuhr deutscher Kohlekraftwerkstechnik nicht realisiert wird. Um sicherzustellen, dass nur die im Hinblick auf den Umweltschutz effizienteste Technik mit den höchsten Wirkungsgraden zum Einsatz kommt, sollte sich eine KfW-Förderung zukünftig an konkreten Vorgaben orientieren.

Armin Laschet
Lutz Lienenkämper
Ilka Freifrau von Boeselager
Thomas Kufen

und Fraktion